

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Anfangen!

Das neue Jahr ist bereits einige Tage im Lauf. Es schreitet rüstig aus. Aber viele von uns haben noch gar nicht angefangen. Sie schauen immerfort nach dem erhofften Neujahrsglück aus und wundern sich darüber, daß die neuen Tage genau so ernst herankommen und so sorgenvoll gehen und das gleiche Gesicht machen wie die alten. Und indes sie sich wundern, verlieren sie schon die goldene, köstliche Zeit. Es gibt Leute, die nie anfangen können, und darum auch wirklich nie anfangen. Sie stehen zaudernd und zagend vor jeder Lebensarbeit und weichen scheu davor zurück, wie vor einer tausend Fuß hohen Felswand, über die kein Hinübergehen und Hinübersehen möglich ist. So eilt die Zeit, während sie träumen, flink vorüber. Sie wartet auf niemanden, weil sie uns nicht braucht. Sie jagt und rast wie unsere Erde um die Sonne.

Anfangen ist eins der größten Arbeitsgeheimnisse und das erste Mittel zum Erfolg. Mutig, frisch, unverzagt anfangen. Im langen Stunen, Suchen, sich nicht entschließen können, verliert man schon reichliche Kraft. Nur keine langen Vorbereitungen machen! Die Luft kommt von selber, sobald einer erst kräftig Hand ans Werk legt, und die Kraft kommt sogar, die vorherige Müdigkeit verschwindet. Freude und Frische des Geistes fördern alles wesentlich. Wer jedesmal sich erst lange darauf einläßt, den schwerfälligen „alten Adam“ in sich, danach zu fragen, was er nun gerade am liebsten möchte und was nicht, der wird kaum je auf ernstes Arbeiten gestimmt sein. Jene, die immer klagen, daß sie keine Zeit haben und alle Hände voll von Arbeit sind, sind meist solche, die keinen Fuß breit gehen, es sei denn, daß sie müssen, die keinen Federzug tun, es sei denn, daß einer ihnen die Feder in die Hand drückt und sie spornet. Andere hingegen, die vom Morgen bis zum Abend jede Minute ausnützen, haben stets noch Zeit übrig und lassen sich zu aller neuen Arbeit bereit finden. Aber sie fangen auch unverzagt und unverdrossen an. Das allein bringt ihnen reichliche Zeitwellen, auf denen der Kahn ihrer Tätigkeit glatt und sicher vorrausfährt, dem Ziele zu.

Anfangen heißt schaffen, und wahrhaft schaffen wollen heißt zuerst anfangen können. Gerade in den starken, fröhlichen Anfängen liegt soviel große Kraft, gesammelte Frische, Mut und Zukunftsvorlog. Der erste Stoß wird oft der wirkungsvollste. Das erste Ansetzen an frischen Quellen ist das gesundeste. J. Donders

An der Jahreswende

„So müssen ans fröhliche Ende, den fröhlichen Anfang wir an.“ Wie oft hat das Wort in einer glücklicheren Vorkriegszeit Neujahrstreden und Neujahrskartell eingeleitet! Damals vielleicht mit Recht. Heute will es uns nicht so recht über die Lippen und aus der Feder. Rein, fröhlich war das Ende des alten Jahres nicht, und auch das neue hat nicht fröhlich angefangen. Schwerer Winterdruck lastet auf der Bauarbeiterschaft, auf der Arbeiterschaft überhaupt.

fassung, damit aber auch zu neuer Weltgeltung. Das gute, alte Europa hat durch den fürchterlichen Überlaß im Weltkriege seine einstmalig unbestrittene Führerstellung in der Welt bereits halb verloren. Es wird sie ganz verlieren, wenn es nicht halb zu engerer, und zwar zunächst wirtschaftlicher, Gemeinschaftsarbeit kommt. Ist Socarno hierzu ein Weg? Wie gesagt, darüber wird in unserem Volke leidenschaftlich gestritten. Die verantwortlichen deutschen Staatsmänner waren bescheiden genug, den Socarno-Pakt als einen *A n f a n g* zu bezeichnen. Ob er in weiterer Entwicklung zu einer wirklichen Wirtschafts- oder gar noch weitergehenden Verbundenheit der europäischen Völker führen wird, diese Frage kann nur durch die Tatsachen beantwortet werden. Wer von uns möchte es nicht wünschen! Immerhin ist in unseren weltwirtschaftlichen Beziehungen heute bereits eine wesentliche Entspannung festzustellen. Wir haben im verfloffenen Jahr unsere handelspolitische Freiheit zurückgewonnen. Eine Anzahl Handelsverträge ist bereits abgeschlossen, über weitere werden die Verhandlungen demnächst aufgenommen.

Die Wirtschaftslage Deutschlands war im größten Teil des Jahres besser als an seinem Ende, und jedenfalls nicht so schlecht, als sie die Unternehmerpropaganda darstellte. Sollte man dieser glauben, so bewegte sich unsere Wirtschaft schon zwei Jahre lang am Rande des Abgrundes, ja, sie müßte längst darin sein. So steht die Partie nicht. Es ist auszugehen von dem, was die Wirtschaft durchgemacht hat. Wir haben Krieg,

Allen Mitgliedern sowie den Freunden und Förderern unseres Verbandes erbieten wir zum Jahreswechsel

die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

Verbandsvorstand, Verbandsauschuß und Schriftleitung.

Revolution, Inflation und Besetzung unseres bedeutendsten Industriereviere hinter uns, außerdem tragen wir die Last eines ungeheuerlichen Friedensvertrages. Würdigt man diese Tatsachen wie sie gewürdigt werden müssen, dann muß man sagen, daß unsere Wirtschaft bereits wieder eine gute innere Festigung erlangt hat.

Wir hatten im verfloffenen Jahre einen schlechten Geschäftsgang. Aber dieser ist nicht ohne weiteres mit einer Wirtschaftskrise gleichzusetzen. Im letzten Sommer sank die Zahl der untersten Erwerbslosen bis unter 200 000. Das ist ein Zustand, der in manchen Vorkriegsjahren erreicht und sogar überboten wurde. Dabei ist zu bedenken, daß wir damals 800 000 Mann beim Militär hatten, die also den Arbeitsmarkt entlasteten. Ueberbies war der schlechte Geschäftsgang des verfloffenen Jahres keineswegs eine allgemeine Erscheinung. Weder ging es der Landwirtschaft, noch der Industrie, noch dem Gewerbe, noch dem Handel, noch den freien Berufen im ganzen schlecht, sondern in jedem dieser Zweige gab es neben schlecht und mäßig beschäftigten auch gut florierende Betriebe und sogar ganze Branchen.

Es fehlt der Wirtschaft an flüssigem Betriebskapital. Genau besehen, ist das eine natürliche Erscheinung. Wir waren vor dem Krieg kapitalgeflüchtetes Land, konnten sogar Milliarden im Ausland anlegen. Aber dieser Kapitalismus war der Erfolg einer jahre- und jahrzehntelangen Tätigkeit des ganzen Volkes. Die Inflation hat nationaler Reichtum größtenteils vernichtet. Kein starrer Mensch kann erwarten, daß wir heute zwei nach der Marktabwertung, wieder den früheren den Zustand haben. Der Krampf der Renanzsammlung von Kapital kann sich vielmehr nur langsam vollziehen, er wird in dem großen Maße voranschreiten, als Kapital und Geld nachfließen.

Der Krampf wir auf den Zusammenhang der Kapitalbildung mit der Sparfrage. Politisch der Unternehmern war im verfloffenen Jahre festgestellt, die Kapitalbildung abzuheben, in dem eben selbst und bei den großen Entnahmen, sich eben zu lassen. Mittel hierzu waren ihnen schärfer Druck und unkluge Hochhaltung der Preise,

letztere ermöglicht durch eine alles umfassende Kartellierung und Syndizierung. Die Gewerkschaften haben sich demgegenüber mit aller Macht für die Kapitalbildung von unten her, durch Ermöglichung der Spartätigkeit in den breitesten Volksschichten eingesetzt. Dieser Weg ist zweifellos der volkswirtschaftlich gesündere, weil er, im Gegensatz zur Kapitalbildung in wenigen Händen, die ganze Volkswirtschaft befruchtet und ankurbelt. Eine energische Lohnpolitik der Gewerkschaften findet auch im Hinblick auf die dringend notwendige Rationalisierung der Wirtschaft ihre Rechtfertigung. Niedrige Löhne waren noch niemals die Triebfeder zu betriebstechnischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen. Auch auf den gegenwärtig in der Wirtschaft sich vollziehenden Reinigungsprozess kann eine entschiedene Lohnpolitik nur günstig wirken. Je schneller dieser zu Ende kommt, um so besser.

Bei Erörterung dieser Zusammenhänge kann nicht über die Tatsache hinweggesehen werden, daß der Kapitalmangel seine gegenwärtige gefährdende Zuspitzung erst durch schwere Fehler in der Wirtschaftsführung und der Befassung der Wirtschaft erfahren hat. In dieser Richtung wirkte eine falsche Betriebskonstruktion (lebensunfähige Konzerne) und wirkten noch die allzu vielen Unternehmungen in Industrie und Handel. Das verfloffene Jahr hat es offensichtlich gemacht, daß Stinnes kein epochemachender Wirtschaftsführer war, und seine Epigonen sind es erst recht nicht. Diese einst so bewunderten Konzernkonzerne liegen größtenteils in Trümmern, soweit noch solche da sind, gehen sie mühselig an Staatsstrüden. Ob die neue Zusammenfassungsbewegung in der Industrie, die gegenüber der bisherigen verhalten, mehr auf dem Grundfuß der horizontalen Gliederung aufbaut, bessere volkswirtschaftliche Ergebnisse zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Was die Ueberzahl von Betrieben angeht, so wird die Situation blühend beleuchtet durch die Feststellung, daß wir heute 150 000 selbständige Unternehmungen mehr haben, als wir hatten, wenn die Entwicklung seit 1910 normal weitergegangen wäre. Man erzieht an dieser Zahl, in wieweit ungeheuren Umfang Kapital falsch angelegt worden ist. Aber auch die Kreditkrise wird zum Teil durch sie verständlich. Das infolge falscher Betriebskonstruktion und überflüssiger Betriebe fehlende flüssige Kapital will man mit allen Mitteln beschaffen. Es entsteht so eine zu große Nachfrage nach Kapital, zunächst auf dem privaten Geldmarkt. Folge: die überhöhten Zinsen. Sobald glaubt jedes größere Unternehmen, wenn es in Schwierigkeiten gerät, Anspruch auf Staatshilfe zu haben. Am nächsten aber liegt es für den Unternehmer, sich die fehlenden Betriebsmittel durch Hochhaltung der Preise und Niedrighaltung der Löhne zu verschaffen. Tatsächlich steht einem künstlich überhöhten Preisniveau eine völlig unzulängliche Kaufkraft der breiten Volksmassen gegenüber, und deshalb nicht zuletzt die krisenhaften Zustände in der Wirtschaft. Ohne Reinigung der Wirtschaft von den Parasiten-Epizyten keine Wirtschaftsgesundung!

Die sozialpolitischen Ergebnisse des Jahres 1924 rechtfertigen nicht den Pessimismus, der in der Arbeiterschaft vielfach anzutreffen ist. Abgesehen von der (bereits 1923 erfolgten) Forderung des Achtstundentages, sind alle sozialrechtlichen Grundgesetze der Arbeiterschaft erhalten, und darüber hinaus wesentliche Verbesserungen, namentlich in der Sozialversicherung, erzielt worden. Allerdings stehen mehrere große soziale Gesetzgebungswerke noch aus, vor allem die dringend erforderliche Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine staatliche Arbeitslosenversicherung. Wir werden an Hand von Ausführungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brann auf die sozialpolitische Bilanz des Jahres 1924 demnächst noch näher zurückkommen.

Das Baugewerbe war bis zum Herbst gut, teilweise sehr gut beschäftigt. Allerdings nicht so gut, daß der von den Unternehmern und Behörden im Frühjahr befürchtete katastrophale Bauarbeitermangel eingetreten wäre. Im Gegenteil, es sind zu jeder Zeit noch Facharbeiter beschäftigungslos gewesen. Wo sie vorübergehend an einzelnen Orten fehlten, hat es an der mangelhaften Ausgleichung des Arbeitsmarktes gelegen. Im Frühjahr machten die Bauunternehmer teilweise große Anforderungen, um die Zulassung ausländischer Bauarbeiter zu erreichen. Die Bauarbeiterschaft hat sich dem energisch widersetzt. Den Unternehmern und Behörden hielten sie entgegen, es erfordere bringlicher, erst einmal für alle deutschen Facharbeiter ausreichend Arbeit zu beschaffen, ehe man zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft Ausländer ins Land läßt. Die

ZD 131

vergriffen

Titel und Inhaltsverzeichnis nicht erschienen.

Jahrgang 1926 mit # 1-5 abgeschlossen.

Mit ... Erscheinern eingestellt.

Thn. 24. 3. 27

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Anfangen!

Das neue Jahr ist bereits einige Tage im Lauf. Es schreitet rüstig aus. Aber viele von uns haben noch gar nicht angefangen. Sie schauen immerfort nach dem erhofften Neujahrsglück aus und wundern sich darüber, daß die neuen Tage genau so ernst herankommen und so sorgenvoll gehen und das gleiche Gesicht machen wie die alten. Und indes sie sich wundern, verlieren sie schon die goldene, köstliche Zeit. Es gibt Leute, die nie anfangen können, und darum auch wirklich nie anfangen. Sie stehen zaudernd und zagend vor jeder Lebensarbeit und weichen scheu davor zurück, wie vor einer tausend Fuß hohen Felswand, über die kein Hinübergehen und Hinübersehen möglich ist. So eilt die Zeit, während sie träumen, flink vorüber. Sie wartet auf niemanden, weil sie uns nicht braucht. Sie sagt und raft wie unsere Erde um die Sonne.

Anfangen ist eins der größten Arbeitsgeheimnisse und das erste Mittel zum Erfolg. Mutig, frisch, unverzagt anfangen. Im langen Sinnen, Suchen, sich nicht entschließen können, verliert man schon reichliche Kraft. Nur keine langen Vorbereitungen machen! Die Lust kommt von selber, sobald einer erst kräftig Hand ans Werk legt, und die Kraft kommt sogar, die vorherige Müdigkeit verschwindet, Freude und Frische des Geistes fördern alles wesentlich. Wer jedesmal sich erst lange darauf einläßt, den schwerfälligen „alten Adam“ in sich danach zu fragen, was er nun gerade am liebsten möchte und was nicht, der wird kaum je auf ernstes Arbeiten gestimmt sein. Jene, die immer klagen, daß sie keine Zeit haben und alle Hände voll von Arbeit sind, sind meist solche, die keinen Fuß breit gehen, es sei denn, daß sie müssen, die keinen Federzug tun, es sei denn, daß einer ihnen die Feder in die Hand drückt und sie spornet. Andere hingegen, die vom Morgen bis zum Abend jede Minute ausnützen, haben stets noch Zeit übrig und lassen sich zu aller neuen Arbeit bereit finden. Aber sie fangen auch unverzagt und unverdrossen an. Das allein bringt ihnen reichliche Zeitwellen, auf denen der Kahn ihrer Tätigkeit glatt und sicher voranfährt, dem Ziele zu.

Anfangen heißt schaffen, und wahrhaft schaffen wollen heißt zuerst anfangen können. Gerade in den starken, fröhlichen Anfängen liegt soviel große Kraft, gefammelte Frische, Mut und Zukunftserfolg. Der erste Stoß wird oft der wirkungsvollste. Das erste Trinken an frischen Quellen ist das gesundeste. A. Donders

An der Jahreswende

„So müssen ans fröhliche Ende, den fröhlichen Anfang wir an.“ Wie oft hat das Wort in einer glücklicheren Vorkriegszeit Neujahrswünschen und Neujahrskarten eingeleitet! Damals vielleicht mit Recht. Heute will es uns nicht so recht über die Lippen und aus der Feder. Rein, fröhlich war das Ende des alten Jahres nicht, und auch das neue hat nicht fröhlich angefangen. Schwerer Winterdruck lastet auf der Bauarbeiterschaft, auf der Arbeiterschaft überhaupt.

Doch lassen wir uns nicht durch trübe Gegenwartswochen das Urteil über das zurückliegende Jahr verbittern. Es hat auch Erfreuliches gebracht. Die Entspannung unserer politischen Lage ist unübersehbar. Wer hätte vor zwei Jahren zu glauben gewagt, daß wir in absehbarer Zeit das Ruhegebiet frei bekommen! Ja, noch vor einem Jahre gab es Leute genug, die davon zweifelten. Das Ruhegebiet ist heute frei. Die Kölner Zone steht in der Räumung. Im besetzten Gebiet sind Entlassungen eingetreten, weitere sollen folgen. Sie hängen mit dem zusammen, was man das „Werk von Locarno“ genannt hat. Selber ist auch Locarno zu einer Streitfrage für unser Volk geworden. Aber auch erreicht, wie man zu Locarno steht, über eines muß das deutsche Volk sich klar werden: daß neue Wege in der europäischen und folglich auch in der deutschen Politik beschritten werden müssen. Der Weltkrieg hat den angestrebten Wahn ein ungeheures Übergewicht in der Weltwirtschaft und Weltpolitik gebracht. Im Osten Afriks drängen Partei und unverbundene Völker zu neuer konfliktloser Ver-

fassung, damit aber auch zu neuer Weltgeltung. Das gute, alte Europa hat durch den fürchterlichen Überlaß im Weltkrieg keine einmalig unbestrittene Führerstellung in der Welt bereits halb verloren. Es wird sie ganz verlieren, wenn es nicht bald zu engerer, und zwar zunächst wirtschaftlicher, Gemeinschaftsarbeit kommt. Ist Locarno hierzu ein Weg? Wie gesagt, darüber wird in unserem Volke leidenschaftlich gestritten. Die verantwortlichen deutschen Staatsmänner waren bescheiden genug, den Locarno-Pakt als einen Anfang zu bezeichnen. Ob er in weiterer Entwicklung zu einer wirklichen Wirtschafts- oder gar noch weitergehenden Verbundenheit der europäischen Völker führen wird, diese Frage kann nur durch die Tatsachen beantwortet werden. Wer von uns möchte es nicht wünschen! Immerhin ist in unseren weltwirtschaftlichen Beziehungen heute bereits eine wesentliche Entspannung festzustellen. Wir haben im verflochtenen Jahr unsere handelspolitische Freiheit zurückgewonnen. Eine Anzahl Handelsverträge ist bereits abgeschlossen, über weitere werden die Verhandlungen demnächst aufgenommen.

Die Wirtschaftslage Deutschlands war im größten Teil des Jahres besser als am seinem Ende, und jedenfalls nicht so schlecht, als sie die Unternehmerpropaganda darstellte. Sollte man dieser glauben, so bewegte sich unsere Wirtschaft schon zwei Jahre lang am Rande des Abgrundes, ja, sie müßte längst darin sein. So steht die Partie nicht. Es ist anzugehen von dem, was die Wirtschaft durchgemacht hat. Wir haben Krieg,

Allen Mitgliedern sowie den Freunden und Förderern unseres Verbandes anbieten wir zum Jahreswechsel

die herzlichsten Glück- und Gegenwünsche.

Verbandsvorstand, Verbandsauschuß und Schriftleitung.

Revolution, Inflation und Besetzung unseres bedeutendsten Industriezweigs hinter uns, außerdem tragen wir die Last eines ungeheuerlichen Friedensvertrages. Würdigt man diese Tatsachen wie sie genügt werden müssen, dann muß man sagen, daß unsere Wirtschaft bereits wieder eine gute innere Festigung erlangt hat.

Wir hatten im verflochtenen Jahre einen schlechten Geschäftsgang. Aber dieser ist nicht ohne weiteres mit einer Wirtschaftskrise gleichzusetzen. Im letzten Sommer sank die Zahl der unterstützten Erwerbslosen bis unter 200 000. Das ist ein Zustand, der in manchen Vorkriegsjahren erreicht und sogar überboten wurde. Dabei ist zu bedenken, daß wir damals 800 000 Mann beim Militär hatten, die also den Arbeitsmarkt entlasteten. Uebrigens war der schlechte Geschäftsgang des verflochtenen Jahres keineswegs eine allgemeine Erscheinung. Weder ging es der Landwirtschaft, noch der Industrie, noch dem Gewerbe, noch dem Handel, noch den freien Berufen im ganzen schlecht, sondern in jedem dieser Zweige gab es neben schmerzlichen und mühselig beschäftigten auch gut florierende Betriebe und sogar ganze Branchen.

Es fehlt der Wirtschaft an flüssigem Betriebskapital. Genau besetzt, ist das eine sehr natürliche Erscheinung. Wir waren vor dem Krieg ein kapitalgefälliges Land, konnten sogar Willkürliches werden im Weltmarkt ansetzen. Aber dieser Kapitalmangel war der Erfolg einer jahrelangen Sparmäßigkeit der ganzen Nation. Die Inflation hat diesen nationalen Reichtum größtenteils vernichtet. Sein vernünftiger Mensch kann erwarten, daß wir heute, zwei Jahre nach der Markabstufung, wieder den früheren normalen Zustand haben. Der Prozeß der Reanfangung von Kapital kann sich schneller und langsam vollziehen; er wird in dem gleichen Maße voranschreiten, als der Wohlstand des Volkes wächst.

Hier stehen wir auf dem Zusammenhang der Kapitalienbildung mit der Nachfrage. Die Politik der Unternehmer war im verflochtenen Jahre darauf abgestellt, die Kapitalbildung oben, in den Betrieben selbst und bei den großen Unternehmern, sich beschleunigen zu lassen. Mittel hierzu waren ihnen schärfster Gehalt und künstliche Hochhaltung der Preise,

lestere ermöglicht durch eine alles umfassende Kartellierung und Syndizierung. Die Gewerkschaften haben sich demgegenüber mit aller Macht für die Kapitalbildung von unten her, durch Grundbildung der Spartätigkeit in den breitesten Volksschichten eingesetzt. Dieser Weg ist zweifellos der volkswirtschaftlich gesündere, weil er, im Gegensatz zur Kapitalbildung in wenigen Händen, die ganze Volkswirtschaft befruchtet und anturbelt. Eine energische Lohnpolitik der Gewerkschaften findet auch im Hinblick auf die dringend notwendige Nationalisierung der Wirtschaft ihre Rechtfertigung. Niedrige Löhne waren noch niemals die Triebfeder zu betriebstechnischen und betriebsorganisatorischen Verbesserungen. Auch auf den gegenwärtig in der Wirtschaft sich vollziehenden Reinigungsprozeß kann eine entschiedene Lohnpolitik nur günstig wirken. Je schneller dieser zu Ende kommt, um so besser.

Bei Erörterung dieser Zusammenhänge kann nicht über die Tatsache hinweggesehen werden, daß der Kapitalmangel keine gegenwärtige gefährdende Zuspitzung und der Besetzung der Wirtschaft erfahren hat. In dieser Richtung wirkte eine falsche Betriebskonstruktion (lebensunfähige Konzerne) und wirken noch die allzu vielen Unternehmungen in Industrie und Handel. Das verflochtene Jahr hat es offensichtlich gemacht, daß Stinnes kein epochenmachender Wirtschaftsführer war, und seine Epigonen sind es erst recht nicht. Diese einst so bewunderten Riesenzugwerke liegen größtenteils in Trümmern, soweit noch solche da sind, gehen sie mühselig an Staatsstricken. Ob die neue Zusammenfassungsbewegung in der Industrie, die gegenüber der bisherigen vertikalen, mehr auf dem Grundfuß der horizontalen Gliederung aufbaut, bessere volkswirtschaftliche Ergebnisse zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Was die Ueberzahl von Betrieben angeht, so wird die Situation blühender belaudet durch die Feststellung, daß wir heute 180 000 selbständige Unternehmungen mehr haben, als wir hätten, wenn die Entwicklung seit 1910 normal weitergegangen wäre. Man erfieht an dieser Zahl, in welcher ungeheuren Umfang Kapital falsch angelegt worden ist. Aber auch die Kreditlinie wird zum Teil durch sie verstanden. Das infolge falscher Betriebskonstruktion und überflüssiger Betriebe fehlende flüssige Kapital will man mit allen Mitteln beschaffen. Es entsteht so eine zu große Nachfrage nach Kapital, zunächst auf dem privaten Geldmarkt. Folge: die überhöhten Zinsen. Sodann glaubt jedes größere Unternehmen, wenn es in Schwierigkeiten gerät, Anspruch auf Staatshilfe zu haben. Am nächsten aber liegt es für den Unternehmer, sich die fehlenden Betriebsmittel durch Hochhaltung der Preise und Niedrighaltung der Löhne zu verschaffen. Tatsächlich steht einem künstlich überhöhten Preisniveau eine völlig unzulängliche Kontrast der breiten Volksmassen gegenüber, und deshalb nicht zuletzt die krisenhaften Zustände in der Wirtschaft. Ohne Reinigung der Wirtschaft von den Parasiten-Existenzen keine Wirtschaftsgesundung!

Die sozialpolitischen Ergebnisse des Jahres 1924 rechtfertigen nicht den Pessimismus, der in der Arbeiterschaft vielfach anzutreffen ist. Abgesehen von der (bereits 1923 erfolgten) Forderung des Achtundzestages, sind alle sozialrechtlichen Erwerbungen der Arbeiterschaft erhalten, und darüber hinaus wesentliche Verbesserungen, namentlich in der Sozialversicherung, erzielt worden. Allerdings stehen mehrere große soziale Gesetzgebungswerke noch aus, vor allem die dringend erforderliche Umwandlung der Erwerbslosensicherung in eine staatliche Arbeitslosenversicherung. Wir werden an Hand von Ausführungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns auf die sozialpolitische Bilanz des Jahres 1924 demnächst noch näher zurückkommen.

Das Baugewerbe war bis zum Herbst gut, teilweise sehr gut beschäftigt. Allerdings nicht so gut, daß der von den Unternehmern und Behörden im Frühjahr beschlossene katastrophale Bauarbeitermangel eingetreten wäre. Im Gegenteil, es sind zu jeder Zeit noch Facharbeiter beschäftigungsfähig gewesen. Da sie vorübergehend an einzelnen Orten fehlten, hat es an der mangelhaften Ausgleichung des Arbeitsmarktes gelegen. Im Frühjahr machte die Bauunternehmer teilweise große Anstrengungen, um die Zulassung ausländischer Bauarbeiter zu erreichen. Die Bauarbeiterschaft hat sich dem energisch widersetzt. Die Unternehmern und Behörden hielten sie entgegen, es erweise betrieblischer, erst einmal für alle deutschen Facharbeiter ausreichend Arbeit zu beschaffen, ehe man zum Schaben der deutschen Volkswirtschaft Ausländer ins Land schleppe. Die

Gegenwart beweist, wie zutreffend sie damit die Lage beurteilt hatten.

Demgegenwärtig ist die Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter wieder ungeheuer groß. 40 und sogar 60 Prozent unserer Berufskollegen sind zum Teil gezwungen, teilweise seit langen Wochen. Es muß mit Nachdruck hervorgehoben werden, daß diese gewaltige Arbeitslosigkeit nur zum geringsten Teil eine Folge der Witterungsverhältnisse ist. Es fehlt dem Baugewerbe ganz einfach an Arbeit. Am frühesten trat der Rückschlag im westdeutschen Industriegebiet ein. Dort machte die Schwerindustrie den Versuch, durch Stilllegung der Bauten die Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne zu erzwingen. Es ist ihr nicht gelungen. Die Hauptursache der darniederliegenden Bauaktivität ist in der unzureichenden Finanzierung des Wohnungsbauwerks zu suchen. Häuserbau war immer eine Angelegenheit billiger Leihgelder, vorausgesetzt natürlich, daß man Leihgeld überhaupt bekommt. Es ist heute nicht zu bekommen. Daran könnte auch die völlige Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft nichts ändern, eher würden die Verhältnisse denn noch schlimmer werden. In sich wären die Mittel für eine umfassende Wohnungsbauaktivität vorhanden, durch das Aufkommen aus der Hauszinssteuer. Diese unsozialste Steuer ist überhaupt nur zu rechtfertigen unter dem Gesichtspunkt, daß sie reiflos für die Wohnungsherstellung und Wohnungserhaltung verwandt wird. Leider dauert noch immer der Skandal an, daß sie größtenteils für allgemeine staatliche und kommunale Zwecke, z. B. Beamtenbeholdung, herhalten muß. Wir kommen nur zu einer umfassenden Bauaktivität und damit zur endlichen Beseitigung der Wohnungsnot, wenn die zu erbauenden Wohnungen mindestens zu 85, noch besser zu 90 Prozent der Baukosten aus öffentlichen Kassen beliehen werden. Die Hauszinssteuer könnte, wie gesagt, die Mittel dazu liefern. Daß sie sie tatsächlich liefert, dafür müssen sich die Gewerkschaften im neuen Jahr mit der äußersten Kraft einsetzen. Auch die Regierung und die Parteien sollten sich endlich auf die alte Erfahrungstatsache besinnen, daß eine starke Bauaktivität das wirksamste Mittel gegen Wirtschaftskrisen ist.

Das Jahr 1924 ist das zweite Jahr, in dem wir ohne Reichstarivertrag arbeiten mußten. Die in diesem niedergelassenen Rechte der Bauarbeiter konnten nur zu einem sehr bescheidenen Teil in den Bezirksverträgen durchgesetzt werden. Vor allem entbehrten wir die Ferien, aber auch der Mangel einer klaren Arbeitszeitregelung machte sich vielfach unliebsam bemerkbar. Das Fehlen eines Reichstarivertrages war auch die Hauptursache der großen und zahlreichen Kämpfe, die im letzten Jahre das Baugewerbe wie kein anderes durchlitten. Die Bauarbeiter haben sich dabei glänzend und wahrlich nicht erfolglos geschlagen. Leider war die Opferwilligkeit nicht überall auf der Höhe, die durch die Situation erfordert wurde. Das gilt vor allem von der Zahlung der Zuschlag- und Extrabeiträge. — Einseitigen herrscht Frieden im Baugewerbe, infolge der Verlängerung der Bezirksverträge bis zum 31. März d. J. Ob die am Jahresabschluss eingeleiteten zentralen Verhandlungen endlich zum Abschluß eines Reichstarivertrages führen, steht dahin. In den bisherigen Beratungen fanden sich die alten Gegensätze in ungeminderter Schärfe gegenüber. Ohne beiderseitige Zugeständnisse werden wir wohl überhaupt nicht wieder zu einem Reichstarivertrag kommen.

Nach der lohnpolitischen Seite war das Jahr 1924 ein fruchtbares Jahr für die Bauarbeiter. Wir haben uns wieder — noch nicht überall, aber überwiegend — angemessene Löhne errungen. Daß diese Löhne „ausgeglichen“ oder gar „ungebunden“ seien, kann nur der behaupten, der entweder die Arbeitsverhältnisse des Baugewerbes nicht kennt, oder der die vielfach wirklich ungesund niedrigen Löhne der Industrie als normal ansieht. Nicht wird beides zusammenwirken, um die besten schiefen Urteile über unsere Lohnhöhe zu ändern. — Entscheidend muß für die Verteilung des Lohnpauses bleiben die Höhe des Jahresverdienstes. Es ist gar keine Frage, daß eine ganze Anzahl von Berufsgruppen, darunter auch größere, höhere Jahresverdienste erzielen als die Bauarbeiter. Der heute für Abbau der Bauarbeiterlöhne und ihre Stabilisierung in der Höhe der Industriearbeiterlöhne eintretende, der muß sich auch über die Folgen klar sein. Wir haben das alles ja schon in der Nachkriegszeit erlebt. Die Folge war ein starkes Abwärtswandern von Bauarbeitern in Berufe mit klandriger Beschäftigung und ins Ausland. Ein nochmaliger Druck auf die Bauarbeiterlöhne würde zu genau den gleichen Folgen führen. Die Forderungen eines solchen Zustandes auf die Lohnentwicklung im Baugewerbe liegen auf der Hand. Wir jetzt nur behauptete ungesunde Höhe der Bauarbeiterlöhne könnte dann leicht Wirklichkeit werden.

Schließen wir unsere Betrachtung ab. Unverkennbar ist im vergangenen Jahre eine Erleichterung unserer Lage eingetreten. Die Lage der Wirtschaft ist auch, aber nicht so katastrophal, als wie der Durchschnitt der Unternehmern sie darzustellen versucht. Es darf im neuen Jahre mit einer allmählichen Verbesserung des auf uns lastenden wirtschaftlichen Drucks gerechnet werden. Gewerkschaftlich war das verflorenste Jahr für die Bauarbeiter erfolgreich wie kaum eines zuvor. Die erzwungenen Lohnpositionen sind jedoch nicht abschritten. Wir werden im Frühjahr den Kampf um die Behauptung zu führen haben. Wir werden sie behaupten, wenn alle Kräfte im Verbande kräftig zusammengefaßt, unsere Forderungen gut ausgebeutet und starke Bedenke Kräfte nach außen entlastet werden. Auf die Mitarbeit aller kommt's an! Dann gewinnen wir nicht, daß auch das neue Jahr uns Erfolge bringen wird. In diesem Sinne ein kräftiges

„Proßt Revue!“

Die neuen Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge

Den vereinten Bemühungen der Gewerkschaften ist es gelungen, zu erreichen, daß die neuen Höchstätze nicht erst am 21. Dezember in Kraft traten, wie es erst beabsichtigt war, sondern bereits am 14. Dezember, so daß die Auszahlung schon nach den neuen Sätzen erfolgen konnte.

In der Einteilung der Wirtschaftsgebiete und der Ortsklassen hat sich nichts geändert.

Die neuen Höchstätze betragen wochentäglich: im Wirtschaftsgebiet I (Osten)

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D und E
1. für Personen über 21 Jahre	138	129	120	111
2. unter 21 Jahren	83	78	73	68
3. Ehegattenzuschlag	48	45	42	39
4. Zuschlag für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	33	31	29	27

im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D und E
1. für Personen über 21 Jahre	162	152	142	132
2. unter 21 Jahren	98	92	86	80
3. Ehegattenzuschlag	55	52	49	45
4. Zuschlag für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	39	37	35	33

im Wirtschaftsgebiet III (Westen)

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D und E
1. für Personen über 21 Jahre	174	163	152	141
2. unter 21 Jahren	105	98	91	84
3. Ehegattenzuschlag	60	56	52	48
4. Zuschlag für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige je	42	40	38	36

Die Gesamtunterstützung darf folgende Beträge nicht übersteigen:

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D und E
im Wirtschaftsgebiet I (Osten)	3,15	2,95	2,75	2,55
II (Mitte)	3,60	3,40	3,20	3,00
III (Westen)	4,00	3,75	3,50	3,25

Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Erwerbslose für seine Person erhält (Hauptunterstützung), nicht übersteigen.

Die selbständigen Unternehmungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebenden Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Die neue Anordnung bezeichnet die neuen Sätze ausdrücklich als „vorübergehend“. Wir wünschen, daß sie sehr schnell vorübergehen, weil sie ungenügend sind. Die Erhöhung ist unzureichend, außerdem ist die Einteilung der Wirtschaftsgebiete revisionsbedürftig.

Auch sonst bleibt noch allerhand zu tun. Die Kürzung der Unterstützung beim Zusammentreffen von mehreren Unterstützungsempfängern innerhalb eines Haushalts widerspricht der allgemeinen Beitragspflicht gerade so wie die Prüfung der Bedürftigkeit.

Kotwendig ist auch eine Verbesserung der Lage der Saisonarbeiter. Die jetzt ganz unterirdisch behandelt werden, und der Deckungsarbeiten. Viele Betriebe haben angekündigt, über Weihnachten für zwei bis drei Wochen zu schließen. Diese Handlungsweise ist, wenn keine dringende Notlage vorliegt, scharf zu verurteilen. Gelingt es nicht, die Schließung abzuwenden, dann müssen die betroffenen Arbeitnehmer aber versorgt werden.

Endlich ist es notwendig, die Jugendlichen zwischen 16—18 Jahren in die Fürsorge einzubeziehen. Jetzt können sie nur dann unterstützt werden, wenn sie zu Pflicht- oder Notstandsarbeiten herangezogen werden. Die vorhandenen Notstandsarbeiten reichen aber für die älteren Erwerbslosen bei weitem nicht zu.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sowohl beim Reichsarbeitsministerium als auch beim preussischen Wohlfahrtsministerium entsprechende Anträge gestellt. G. R.

Der Aufwand für die Sozialversicherung

Jeder Versuch, die Sozialkosten mit Hilfe einer allgemeinen gültigen Verhältniszahl zu berechnen, muß scheitern. Denn die Personenzahl der verschiedenen Versicherungsarten überschneidet sich dauernd. Die Invalidenversicherung z. B., die Arbeiter aller Gruppen, insbesondere Lehrlinge, Gehilfen, landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeiter, Hausgehilfen, Hausgewerbetreibende usw. umfaßt, schließt im allgemeinen auch die hantelversicherungspflichtigen Gruppen ein. Die gewerbliche Unfallversicherung schließt zwar die Arbeiter und Beamten in den vom Gesetz aufgezählten Betrieben, nicht aber die Arbeiter und Beamten in anderen Betrieben, auch nicht die landwirtschaftlichen Angehörigen. In der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gehören 1/2 der Versicherten dem Stande der Unternehmern und nur 1/2 der männlichen und weiblichen Arbeiterschaft an. Die Pensionsversicherung ist zwar nur dem Bergbau eigen, aber nicht einmal bei ihm deutet sich der Personenkreis der Kranken-, Invaliden-, Angehörigen-, Unfall- und Pensionsversicherung.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß es unmöglich ist, für alle Versicherungszweige eine durchschnittliche Zahl der Versicherten zu finden. Wenn trotz alledem die Ergebnisse des Rechnungsabchlusses der Sozialversicherung im Jahre 1924 im allgemeinen mit dem Vorschlag übereinstimmen, so ist dies der allgemeinen Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse in dem vorvergangenen Jahre zuzuschreiben, die die Wechselfälle der Kurzarbeit, der Arbeitslosigkeit, die in dem Jahre zuvor eine erhebliche Rolle gespielt und die Berechnung des Sozialversicherungsertrags nahezu völlig verhindert hatten, erheblich verminderten. So beispielsweise betrug der Vorschlag für das mutmaßliche Beitragsaufkommen in der Invalidenversicherung 330, der Rechnungsabluß 360 Millionen Mark, der Vorschlag für das Beitragsaufkommen in der Angestelltenversicherung 110, der Rechnungsabluß 125,6 Millionen Mark, der Vorschlag für die Unfallversicherung (Entschädigungsaufwand der Berufsgenossenschaften ohne Verwaltung) 100, der Rechnungsabluß 105,5 Millionen Mark, der Vorschlag für die Knappschaftliche Versicherung (Ausgaben für Pensionen) 100, der Rechnungsabluß 90,8 Millionen Mark.)

Von besonderem Interesse ist ein Vergleich zwischen dem Sozialetat 1913 und jenem des Jahres 1924. Danach sind die Rechnungsergebnisse der Invalidenversicherung von 290 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 360 Millionen Mark im Jahre 1924 gestiegen, jene der Angestelltenversicherung von 138 (1913) auf 129,5 zurückgegangen, jene der Unfallversicherung von 128,2 auf 150,4 gestiegen. Wiederm sind die Beiträge der Krankenversicherung (reimsgesetzliche Kassen) von 525 Millionen (1913) auf 531 (1924), die Beiträge der Knappschaftlichen Pensionsversicherung von 58 auf 131,4 Millionen gestiegen. Rechnet man zu alledem noch die Aufwände, die das Reich in der Invalidenversicherung, in der Familienwochenhilfe usw. zur Sozialversicherung beigetragen hat, nimmt man ferner die Rechnungsergebnisse der Ersatzkassen, die Verwaltungskosten usw. hinzu, so ergibt sich ein Gesamtergebnis des Sozialertrags mit 1430,5 Millionen, dem im Jahre 1924 ein solches mit 2015,9 Millionen gegenübersteht. Wie man sieht, übersteigt sonach der Mehraufwand in der Sozialversicherung keineswegs die seit 1913 eingetretene Selbstverwertung.

Die Klagen über eine soziale Mehrbelastung verglichen mit der Vorkriegszeit sind also bereits rechnerisch hinfällig. Darüber hinaus aber wird die Auffassung, daß der Versicherungsaufwand „eine Last“ sei, auch dem Sinne nach dem Grund und Zweck der Sozialversicherung nicht gerecht. Denn diese vereinigt in sich die frühere gesetzliche Fürsorge der Unternehmer sowohl, wie die eigene Vorsorge der Arbeiter und die Fürsorge der öffentlichen Verbände. Sie stellt einen öffentlich-rechtlichen Sparzwang zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung dar und zugleich einen Risikoausgleich im Falle der Krankheit und des Unfalles, der Berufsunfähigkeit und der Invalidität, der Mutterschaft und des Todes. Ohne Sozialversicherung ist die Lebensführung der Arbeiter und Angestellten im innersten Kern gefährdet. Infolge der Sozialversicherung hebt sich die gesamte körperliche und sittliche Lebenshaltung des Teiles der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft in abhängiger Stellung verwendet. Die Sozialversicherung setzt eine lebensfähige Wirtschaft voraus, sie ist aber auch zugleich die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt.

Allgemeine Rundschau

Die Kommunisten auf Schleichwegen

Ein von Essen ausgehendes kommunistisches Geheim schreiben lüftet sowohl der Zentrumsparthei wie auch den christlichen Gewerkschaften einen verschärften methodischen Kampf an. Die bekannte schleichende, hinterlistige kommunistische Kampfesweise soll zur vollen Anwendung gebracht werden. Erstes Ziel ist, der christliche Arbeiter muß von seinen religiösen Empfindungen „befreit“ werden. Er soll bei seinen Lagebedenken gepackt werden und von da aus zum kommunistischen Denken kommen. Der offene Kampf gegen die religiösen Gesühle der Arbeiter soll vorerst unterbleiben, um so scharfer wird darauf der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften in den Jahrestellen der freien Gewerkschaften beschränkt, wo die kommunistischen Zellenbauer entsprechend stark vertreten sind. Die „freien“ Gewerkschaften sollen von der Arbeitsgemeinschaft mit den christlichen Gewerkschaften abgedrängt werden.

Die christliche Arbeiterschaft durchschaut das unehrliche Treiben der Kommunisten schon lange. Sie läßt sich in einer Zeit die Religion nicht nehmen, in der es immer deutlicher offenbar wird, daß nicht zuletzt durch die so weit verbreitete Religionslosigkeit das Unglück unserer Lage so groß ist. Die Tatsache, daß heute eine nicht geringe Zahl der Marxisten nach vielen Irrungen den Weg zur Religion mehr oder weniger offen zurückfindet, wird die christlichen Arbeiter in ihrer Religions-treue nur bestärken. Die negative Rebellion der Kommunisten ist ein zu schlechter Ersatz für die positive Religion der Christen; und deshalb wird die unverfälschte Spekulation der Kommunisten auf den hungernden Magen der christlichen Arbeiter keinen Erfolg haben. Durch die Bau-Bau-Politik des Kommunismus ist die Lage der Arbeiterschaft nicht zu verbessern. Und das überlauten Schreien mit den alten marxistischen Polzkanonen imponiert nur noch Kindsköpfen.

Die christlichen Gewerkschaften fürchten den Kampf der Kommunisten nicht. Das jahrzehntelange Bemühen der „freien“ Gewerkschaften, der christlichen Konkurrenz das schmerzstillende Halsband umzulegen, war vergeblich. Was den freien Gewerkschaften nicht gelungen ist, wird den Kommunisten erst recht nicht gelingen. Ihre mora-

lichen und geistigen Qualitäten stehen in einem viel zu tiefen Kurs, um in einem Kampf gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung abzufiegen.

Eine zeitgemäße Mahnung

Der Königsberger Stadtanzeiger (amtliches Organ) nahm in seiner Nr. 47/1925 Stellung zur Frage der Preisentwicklung und Preisgestaltung. Von besonderem Interesse sind für unsere Leser folgende Neußerungen, die in diesem Fall sicherlich von einer amtlichen Stelle ausgehen:

„... Dagegen kann die einzelne Hausfrau, die an dem knapper werdenden Wirtschaftsgeld die Nöte der Zeit und die Teuerung zunächst zu spüren bekommt, sehr wohl an ihrem Teile zur Bekämpfung der Teuerung beitragen.“

Es steht fest, daß insbesondere der Kleinhandel weitgehend übersehen ist. Seit Beendigung des Krieges sind eine Anzahl kleiner Hökerien entstanden, deren Umsatz viel zu gering ist, als daß sie mit den in Vorkriegszeiten üblichen Zuschlägen bestehen könnten. Es würde nicht verstanden werden, wenn die Behörden unter scharfen Eingriffen in die freie Konkurrenz gegen diesen offensichtlich Mißstand aktiv vorgehen wollten, wozu übrigens zurzeit jegliche gesetzliche Grundlage fehlen würde. Dagegen können die Hausfrauen an seiner Beseitigung mitarbeiten, wenn sie sich beim Einkauf grundsätzlich an die größeren Geschäfte halten.

Von großer Bedeutung für die Auswirkung der freien Konkurrenz im Kleinhandel ist ferner, daß die Hausfrau sich in jeder Beziehung vom Verkäufer unabhängig hält. Deshalb ist die wieder auftkommende Unsitte des „Anschreibenlassens“ scharf zu verurteilen.

Die Verbraucherorganisationen pflegen daher in der Regel für die Deckung der täglichen Lebensbedürfnisse keinen Kredit zu geben. Auch die Bedeutung dieser Selbsthilfe der Verbraucher darf nicht unterschätzt werden. Selbst wenn man dem freien Handel durchaus sein Recht läßt und der Ansicht ist, daß er unter normalen Verhältnissen in der Lage ist, die vielfachen Bedürfnisse zweckmäßig und auch billig zu befriedigen, so kann man doch andererseits nicht verkennen, daß in sehr vielen Fällen die Konsumvereine jeglicher Art im besten Sinne preisregulierend und preislenkend gewirkt haben.“

Er will seine Ruhe haben!

Und zu diesem Zwecke „einige hundert Gewerkschaftssekretäre an die Laternenpfähle hängen“. Nämlich der Herr Direktor Klein von der Firma Bohwinkel in Mainz. In einer Schlichtungsverhandlung am 30. Oktober in München führte er aus:

„Wenn die deutsche Industrie und vor allen Dingen die Sägeindustrie wieder gesunden soll, dann muß sie von allen Fesseln und Vorschriften befreit werden. Die Revolutionserregenschaften müssen verschwinden, die Industrie muß es in der Hand haben, so lange arbeiten zu lassen, wie es die Wirtschaft erfordert und die Betriebe wieder rationell werden. Die unzufriedenen Elemente müssen aus den Betrieben entfernt und durch solche Arbeiter ersetzt werden, die bereit sind, zu einem Lohn zu arbeiten, den der Arbeitgeber bezahlen kann. Leute, die die Arbeiter aufheben, gehören an den Laternenpfahl. Die größten Heber, die herumlaufen, sind die Gewerkschaftssekretäre. Wenn von denen mal einige Hundert an die Laternenpfähle gehängt werden, dann wird die Industrie Ruhe haben vor den Forderungen der Arbeiterschaft.“

Auf Grund dieser Ausführungen setzte ein Entrüstungssturm ein. Dieses führte dazu, daß sich der Redner verbesserte und sagte: „Ich gehe zu, daß es auch einige vernünftige Gewerkschaftssekretäre gibt, mit denen man reden kann, aber der größte Teil gehört an den Laternenpfahl.“ Darauf nahm er seinen Hut und verschwand.

Das war nicht allein den anwesenden Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgebern zu stark. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes bayerischer Sägewerke, Herr Scheidemann in München brachte sein Bedauern über die Ausführungen des Herrn Klein zum Ausdruck. Er verzichtete den Arbeitnehmervertretern, daß er und der größte Teil der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes bayerischer Sägewerke anderer Meinung über die Tätigkeit der Gewerkschaftssekretäre seien. In all den Jahren, wo er Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes bayerischer Sägewerke sei, hätte er die Erfahrung gemacht, daß die leitenden Gewerkschaftsführer sich stets bemüht hätten, Mittel und Wege zur Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Interesse der Sägeindustrie zu suchen; damit hätten sie dem Wirtschaftsfrieden außerordentlich gebient.

Treffend bemerkt „Der Deutsche“ zu dem Vorfall: „Das Auftreten des Herrn Direktor Klein zeigt, daß es in Deutschland „Wirtschaftsführer“ gibt, die nichts gelernt haben. Niemand hat in der Revolutionszeit, als es um Kopf und Kragen ging, mehr nach dem Gewerkschaftssekretär gerufen, als diejenigen, die mit Herrn Klein eines Sinnes sind. Damals waren die Gewerkschaftssekretäre die Geheierten und Hoffierten, weil sie die einzigen waren, die den Mut aufbrachten, beruhigend zu wirken. Wenn damals zahlreiche Leute von der Art des Herrn Klein nicht an den Laternenpfahl kamen, so sollten diese den Gewerkschaftsführern dafür nur dankbar sein. Fühlen sich die Herrschaften Klein und Konsorten eigentlich bereits so sicher, daß sie Wiederholungen von früher nicht befürchten?“

An die dichterisch schaffende Jugend der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung

Der Unterzeichnete hat den Plan gefaßt, alle dichterisch schaffenden jungen Arbeiter und Angestellten der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung zu sammeln. Es gilt, die meist im Geheimen sich auswirkenden Kulturkräfte der künstlerisch tätigen Jugend in unserer Bewegung ins Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Zu diesem Zwecke rufe ich alle, die es angeht, auf, mir Proben ihres Schöp-

Am 2. Januar 1926 ist der erste Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

zens einzusenden, die, sorgfältig ausgewählt, zu einer Sammlung vereinigt werden, die in Buchform erscheinen soll.

Vorerst sind nur Gedichte erwünscht, die sich aber nicht streng an den Vorwurf Arbeit, Industrieleben usw. zu halten brauchen. Die Manuskripte wolle man einseitig, deutlich, wenn möglich mit der Maschine schreiben.

Junge Dichter, vor allem die arbeitslosen, wolle man auf diesen Aufruf hinweisen. Der Einsendung von Manuskripten bitte ich, wenn in der Lage, Rückporto beizufügen. — Glück auf!

Hugo Arbeit, Krah-Essen, Siepenstr. 69.

Der Zuckerverbrauch in Deutschland

Nach dem statistisch erfaßten Verbrauch von Zucker in Deutschland entfallen zirka 20 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung im Jahr. Wenn man diese Menge auf Stüdzucker umrechnet, — das Stück im Durchschnitt zu 5 Gramm gerechnet — würde also jede Person in Deutschland 4000 Stück Zucker verbrauchen; das wären pro Tag umgerechnet 10 Stückchen Zucker. Der tägliche Verbrauch an Zucker wäre in Deutschland demnach insgesamt 3 150 000 Kilogramm oder 31 500 Doppelzentner. Zur Bewältigung dieser Menge sind pro Tag rund 200 Güterwagen nötig, wenn man rechnet, daß ein Güterwagen 150 Doppelzentner Zucker faßt. Nimmt man den Durchschnittspreis für Zucker im Laden mit 40 Pf. pro Pfund an, so kosten demnach die 20 Kilogramm im Jahre 16 M. Von diesem Preis beansprucht der Staat ein reichliches Viertel gleich 4,25 Mark, ein weiteres Viertel geht an den rübenbauenden Landwirt (zirka 4,60 Mark), dem Fabrikanten bleibt ein reichliches Viertel (zirka 2,60 Mark), der Rest von 4,55 Mark entfällt auf den Großhandel, den Kleinhandel und die Fracht, d. h. diese 4,55 Mark werden von dem Weg des Zuckers von den Türen der Fabrik bis zum letzten Verbraucher in Anspruch genommen.

Aus dem Verbandsleben

Schröd. Am 17. Dezember hielten wir eine gutbesuchte Winteragitationsversammlung ab. Als Redner war Koll Greib-Amöneburg erschienen. Ausgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage und den Strömungen im Unternehmerlager, wies er auf die zwingende Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hin. Unter christlicher Bauarbeiterverband habe in seiner 25-jährigen Tätigkeit große Erfolge für die Bauarbeiter erzielt. Diese waren nur möglich infolge der Opferwilligkeit und des vorbildlichen gewerkschaftlichen Geistes der älteren Kollegen. Jetzt gelte es, das Erworbene festzuhalten und auszubauen. Das sei vor allem eine Mahnung an das junge Geschlecht. Die jugendlichen Kollegen müßten sich mit dem gleichen Eifer und der gleichen selbstlosen Hingabe für den christlichen Bauarbeiterverband und seine Ziele einsetzen, wie es einst die Verbandsgründer getan. Der reiche Beifall bewies, daß Koll Greib den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hätte. Rüge die in der Versammlung gezeigte schöne Begeisterung sich nun aber auch in der praktischen Verbandsarbeit bewähren. Der Winter darf nicht vorübergehen, ohne daß der letzte Unorganisierte unserem Verbande zugeführt ist.

Jugendbewegung

Ein Bild aus dem Leben

Vor Jahren wurde ich in ein Krankenhaus in E. eingeliefert. Mir gegenüber lag ein junger Patient, der bald meine Aufmerksamkeit erregte. Stumm lag er in den Kissen, nicht ein Wort kam von seinen Lippen. Und als ich aus Neugierde einen Wärter fragte, wurde ich gewahrt, daß mein Nachbar eine schwere Operation hinter sich hatte. Doch bald zeigte es sich, daß er die Krise überstanden hatte. Eines Tages versuchte ich, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Bald stellte es sich heraus, daß mein Nachbar, wenn auch jung an Jahren, so doch sehr befallenen war. Als ich ihn frag, warum er alle seine Schmerzen so geduldig getragen, da sagte er mit freudestrahelndem Blicke, es gibt noch einen allmächtigen Gott, der gab mir die Kraft, an den glaube ich. Und dann plauderte er weiter: Es gibt auch Menschen, die mehr als ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, zu denen man mit Vertrauen aufblicken kann. Mit heller Begeisterung stellte er dann seinen Freund, den Führer seiner Berufsorganisation, als Ideal hin. Und als ich zu verstehen gab, daß ich seine Meinung nicht verstehen könne, denn in jedem Gewerkschaftsbeamten sehe ich nur den Sonzen, den Verräter, der nur die Arbeiter gegen Kammon an den Kapitalisten vertrat, da schüttelte er sehr traurig den Kopf und gab mir keine Antwort mehr.

Jahre vergingen, Interven brachten durchs Land. Auch in E. ist alles durcheinander. Ich gehe durch die Straßen, überall hange Gesichter. Da auf einmal sehe ich einen Bekannten. Mein Nachbar aus dem Krankenhaus ist es. Ich will an ihm vorbei, doch eine geheime Gewalt zieht mich zu ihm hin. Inmitten drücken wir uns die Hand. Blicke nur wechselt wir. Und als er mich zu der großen öffentlichen Versammlung, die heute stattfindet, einlädt, sage ich selbstverständlich zu. Wir treffen uns am Eingang des Saals. Die Versammlung hat bereits begonnen. Auf dem Podium steht eine große markante Gestalt, mit scharfen, fast expressionistischen Gesichtszügen. Fast ebenso scharf klingen seine Worte. Lautlose Stille im Saale. Das will was heißen in dieser

Zeit. Mein Nachbar — einen Freund, mag ich ihn schon nennen — raunt mir etwas zu. „Sehen Sie,“ jagte er, „das ist der Führer meiner Berufsorganisation; habe ich ihn nicht recht geschildert?“ Ich konnte keine Antwort finden. Inzwischen wurde der Referent von tosendem Beifall unterbrochen. Er hatte in sehr feiner Weise von der Not und dem Elend der breiten Masse gesprochen. Das trug ihm den Beifall ein. Doch als er sagt, daß auch der Arbeiter seine Mitmenschen als Menschen zu betrachten habe, da bricht ein juchzender Tumult los. Der Referent kann nicht mehr weiter reden. Züchende Drohrufe werden laut. Verräter, Schieber, Bonzen, so schreien sie durcheinander. Doch was sehe ich da? Mein Freund ist auf das Podium gestiegen und stellt sich schützend vor seinen Führer und nimmt das Wort. Er bürgt für die Ehrlichkeit des Führers seiner Berufsorganisation, tausendfach könne er das beweisen. Nur über seine Leiche gingen diejenigen, die seinem Führer zu nahe treten wollten. Lautlose Stille. Alle Anwesenden sind von der mutigen Opferbereitschaft dieses jungen Menschen erfüllt. Da fällt ein Schuß, mein Freund, so nenne ich ihn jetzt, bricht zusammen. Die Masse verläßt panikartig den Saal. Nur der Führer meines Freundes bleibt und bemüht sich um den Schwerverletzten. Aus der Brust quillt frisches Blut. Sein Führer und ich, wir bringen den Schwerverletzten in seine ärmliche, aber saubere Wohnung. Der hingerufene Arzt stellt fest, daß unser Freund nur noch Sekunden zu leben hat. Auf einmal macht er noch mal die Augen weit auf und lächelt einige Worte. Dann tut er einen Schrei, „Menschen“ jagt er und fällt zurück. Sein Auge bricht, der junge Held hat ausgelitten. Ich drücke ihm sanft die Augen zu, reiche seinem Führer stumm die Hand und gehe.

Kaplos schreiet vorwärts die Weltmüde. Doch niemals kann ich den jungen Helden vergessen, und immer muß ich an seine schönen Worte, die er mir im Krankenhause sagte, denken. Sein Führer ist auch mein Führer geworden. Die Ideale meines jungen Freundes werde ich, wenn es sein muß, auch mit meinem Herzblut verteidigen. Manches lange Nacht träumte ich von ihm. Auch ich glaube an den allmächtigen Gott; ... aber es gibt auch ... Menschen ... ja, auch ganze Menschen! Hbg.

„Erweiterung“ der Lehrzeit?

Die „Handwerks-Zeitung“ das Amtsblatt der Bayerischen Handwerkskammer und des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands, veröffentlichte in ihrer Nummer vom 1. November („Vorwärts“ 3. November) folgende Notiz:

Für die Erweiterung der Lehrzeit. Herr Schlossermeister D. Zander, Vorsitzender des Gesellenprüfungsausschusses, jendet uns ein Schreiben, in dem er die Lehrzeit von drei oder vier Jahren als ungenügend bezeichnet. Während sich vor dem Kriege die Arbeitszeit bei wöchentlich 54 bis 60 Arbeitsstunden auf 10 800 bis 12 000 Lehrstunden erstreckte, beträgt sie heute nur 8000 Stunden bei 48stündiger Arbeitszeit in der Woche. Davon gehen acht Stunden in der Woche für die Pflichtigkeitkeit ab. Es bleiben also nur 40 Stunden, die Herr Zander als ungenügend ansieht. In anderen Staaten habe man mit dem achtstündigen Arbeitstage die fünfjährige Lehrzeit eingeführt. Der theoretische Unterricht sei auf die Abendstunden verlegt, um die handwerksmäßige Ausbildung des Lehrlings nicht zu stören. Die Lehrzeit umfasse wie früher bei uns 12 000 Lehrstunden. Es liege auf der Hand, daß dabei bessere Ergebnisse erzielt werden könnten.

Die „Handwerks-Zeitung“ enthält sich jeden Kommentars zu diesem Vorschlag. Herr Zander vergißt anzugeben, in welchen Ländern die Lehrzeit auf fünf Jahre verlängert wurde. Diese Verlängerung genügt ihm aber noch nicht. Die theoretische Ausbildung müsse auf die Abendstunden verlegt werden, wodurch vor allem der Achtstundentag nur noch theoretisch bestehen würde. Geblieben wäre die Verlängerung der Lehrzeit. — So wollen Handwerksmeister die Jugend — gesunde gesagt — für ihre Privat Zwecke ausnutzen.

Sozialpolitik

Aus der Praxis der Krankenversicherung. Mit dem Einsetzen des Frostwetters und der Arbeitslosigkeit beginnt der Kampf mit den Krankenkassen, in denen unsere Mitglieder versichert sind oder waren. Mit allen erdenklichen Mitteln juchen die Krankenkassen die Krankenziffer, die naturgemäß mit dem Einsetzen der kalten Jahreszeit und den Erkältungskrankheiten höher wird als im Durchschnitt des Jahres, herabzudrücken. Ich will nicht unterjuchen, inwieweit von den Mitgliedern die Krankenerkrankung mißbraucht wird, da ja immer der Befund des Arztes, ob der Betreffende erwerbsunfähig ist, maßgebend sein muß. Es ist die Verwaltung der Krankenkassen aber erlaube ich überreizt hoch sehr oft die Grenze des Erträglichen. Hier nur ein Fall aus der Praxis.

Der Kollege G. aus B. war Mitglied der A.O.S. für den Landkreis Linden. Er erkrankte am 29. 9. 24 an Magen- und Darmkatarrh mit Blinddarmentzündung, dem Gelbsucht, Leberschwelung und Herzentzündung folgte. Zur weiteren Behandlung wurde G. der A.O.S. Borbia überwiesen und eine vertrauensärztliche Untersuchung angeordnet. Der Vertrauensarzt erklärte G. in acht Tagen für erwerbsfähig.

Auf den Einspruch G's, daß er nicht erwerbsfähig sei, erfolgte keine Antwort von der Kasse, sondern sie stellte ihre Leistungen ein und überließ den Kranken seinem Schicksal. Auf unsere Beschwerde beim Versicherungsamt erfolgte Ablehnung der Ansprüche, da die Kasse ihren Verpflichtungen nachgekommen sei. Inzwischen war ein halbes Jahr vergangen, und wir wandten uns beschwerdeführend an das Oberberufungsamt.

Das D.S.A. trat unserer Auffassung bei und verurteilte die A.O. Linden zur Gewährung der Krankenkasse für die Zeit vom 7. 12. 24 bis 15. 2. 25.

Dieser Erfolg war nur möglich durch zähe und anhaltende Bemühungen, und somit auch der Erfolg der Organisation. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Kollegen sich mit den sozialen Gesetzen vertraut machen, um ihre Rechte zu wahren.

Arbeitsrecht

Die bevorrechtigten Lohnforderungen der Arbeitnehmer. Da im allgemeinen Lohn und Gehalt die einzige Quelle der Existenzsicherung für den Arbeitnehmer darstellt, bestimmt der § 61 der Konkursordnung, daß Lohn- und Gehaltsrückstände an erster Stelle der bevorzugten Forderungen zu stehen haben.

Volkswirtschaft

Der deutsche Außenhandel im November. Im November 1925 betrug die Einfuhr einschließlich Gold und Silber 894,3 Millionen, mithin die reine Warenzufuhr 807,5 Millionen gegenüber 1074,2 Millionen im Vormonat.

Bau-Rundschau

Die Bau-tätigkeit im 3. Vierteljahr 1925

Ende mancherlei Schwankungen in den einzelnen Monaten hat die Bau-tätigkeit im dritten Vierteljahr des laufenden Jahres zugenommen. Zwar ist die Zahl der fertiggestellten gewerblichen Gebäude etwas zurückgegangen, aber die Schaffung von Wohngebäuden und Wohnungen hat weiter zugenommen.

Was leisten deutsche Städte für den Wohnungsbau?

Wie lesen in der 'Bauzeitung' (Nr. 30 vom 2. August 1925): Die Stadtverwaltung von Düsseldorf hat den Stadtrat durch eine lehrreiche Tabelle überzogen. Sie stellt zunächst der Einwohnerzahl den zum Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Gesamtbetrag gegenüber:

Table with 3 columns: City, Population, and Available Funds. Rows include Düsseldorf (427,000 / 12,850,000 M.), Köln (1,300,000 / 2,700,000 M.), Essen (468,204 / 8,200,000 M.), Dortmund (323,491 / 5,866,500 M.), Duisburg (261,129 / 7,500,000 M.), Köln (717,333 / 27,250,000 M.), Berlin (3,922,085 / 78,200,000 M.).

Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet stehen demnach insgesamt (aus Hauszweckmitteln, öffentlichen Zuschüssen der Stadt, Zuschüssen und Hypothekenzinsen) zur Verfügung in Düsseldorf 30,9 Mark, in Köln 21,3 Mark, in Essen 17,51 Mark, in Dortmund 18,13 Mark, in Duisburg 28,72 Mark, in Köln 37,99 Mark, in Berlin 19,95 Mark.

Als Zusatzzhypotheken der städtischen Sparkassen werden gegeben, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, in Düsseldorf 15,45 Mark, in Köln 10,77 Mark, in Essen 5,02 Mark, in Dortmund 9,27 Mark, in Duisburg 9,57 Mark, in Berlin 1,78 Mark. In Köln werden nach der Aufstellung solche Zusatzzhypotheken nicht gegeben.

Table showing population statistics for Düsseldorf (20,72 M.), Köln (10,77 M.), Essen (6,62 M.), Dortmund (9,58 M.), Duisburg (21,06 M.), Köln (27,88 M.), Berlin (2,93 M.).

Vier treten die Unterschiede in den Leistungen am deutlichsten hervor.

Verstärkter Brückenbau durch die Reichsbahn

Die Deutsche Reichsbahn plant für 1926 die verstärkte Wiederaufnahme ihres Brücken- und Oberbauprogramms, da die Vergrößerung der Lastenzüge die Verstärkung des Trägermaterials notwendig macht.

Aus der Technik unseres Faches

Ueber

den Bau von Massivkuppeln

Von Dipl.-Ing. F. Kiehm

Obwohl man erst seit wenigen Jahrzehnten in der Lage ist, das Kräftepiel in einem Bauwerk — wenigstens in seinen Grundzügen — rechnerisch zu erfassen (also ein Bauwerk zu berechnen), so entstanden doch schon im Altertum einzelne Bauwerke von derart fester, rein gefühlsmäßig durchgeführter Konstruktion, daß wir heute die Leistungen der Erbauer nur staunend bewundern können.

Das Haupthindernis für den Bau massiver Kuppeln bildete das hohe Eigengewicht der Konstruktion, das bei jeder Vergrößerung der Spannweite sofort sehr stark anwächst, und das die Beanspruchungen des Materials infolge Bind- und Schneebelastung bei weitem überwiegt.

Zunächst versuchte man nun durch Verwendung von Eisen, als dem tragfähigsten Baustoff, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Ein Beispiel dafür bietet die eiserne Kuppel der Anstaltshalle in Jena mit einer Spannweite von 110 Meter; doch waren bei dieser Bauweise derart große Mengen von Eisen erforderlich, daß sich die weitere Verwendung dieses Baustoffes für Kuppelbauten als durchaus unwirtschaftlich erwies.

Darauf machte man den Versuch, größere Kuppeln in Eisenbeton zu konstruieren, und zwar zuerst in ähnlicher Weise wie beim Eisenbau, durch Anordnung einzelner Binder, die untereinander durch horizontal liegende Ringe verbunden waren.

Bessere Erfolge erzielte man mit der Verwendung von Schalenkuppeln, wobei nicht einzelne Binder, sondern die ganze Schale als Tragkörper dient. (Ein Beispiel dafür ist der mittlere Teil der Kirche von St. Marien im Schwarzwald.) Wird eine solche Schale richtig konstruiert und — vor allem! — richtig angedeutet, so treten bei sorgfältiger Ausführung fast gar keine Spannungen im Material auf, und die Schale konnte deshalb sehr dünn gehalten werden.

Es fand nun der Erfinder des bekannten Zeiss-Planariums, Dr. Dörmersfeld in Jena, eine Anordnung für die Herstellung der 16 Meter weit gespannten Kuppel des Planariums, die es ermöglichte, mit Hilfe eines Dreiecksfachwerks aus dünnem Flachblech eine bis auf äußerst genaue Herstell-

Obituary notice for Matthias Willems, member of the Düsseldorf branch of the 'Vereine der Arbeiter', who died on December 2, 1925. It mentions his death at work and lists his family and burial details.

lung des Daches zu erreichen. Wie groß die erforderliche und bei der Ausführung erreichte Genauigkeit war, geht daraus hervor, daß die einzelnen Stäbe, deren Länge durchweg etwa 60 Zentimeter betrug, auf ein Zehntausendstel ihrer Länge, d. h. auf 0,06 Millimeter genau ausgeführt wurden.

Zu ähnlicher Weise wurden in Jena noch zwei weitere Kuppelbauten ausgeführt, von denen die eine eine Spannweite von 25 und die andere eine solche von 40 Meter aufweist. Bei diesen Bauwerken wurde indessen die Betonschale in Anbetracht der höheren Beanspruchungen durchweg 6 Zentimeter stark gemacht.

Beim Bau der Kuppel in Jena wurde ein Rechenfehler unterlaufen, der die Länge der Stäbe eines Ringes um einen Millimeter änderte. Die Folge dieses geringfügigen Fehlers war, daß sämtliche Stäbe des betreffenden Ringes ausgetauscht und durch solche von der richtigen Länge ersetzt werden mußten; andernfalls hätte die Kuppel nicht ausgeführt werden können.

Nach einer von Prof. Gehler bearbeiteten und von Obergeringieur Dörmersfeld ergänzten Zusammenstellung der Gewichte für Massivkuppeln in alter Bauweise (Peterson-Kirche in Rom), in Eisenbetonrippenkonstruktion (Breslauer Jahrhunderthalle) und in der neuen Zeiss-Bauweise ergibt sich für eine Spannweite von 40 Meter nach der alten Bauweise ein Gewicht von 10.000 Tonnen, während die Eisenbetonrippenkonstruktion schon mit dem sechsten Teil, nämlich mit circa 1.700 Tonnen, auskommt.

Die neue Bauweise bedeutet nicht nur eine bedeutende Verminderung der Kosten für die eigentliche Kuppel durch Verminderung des Gewichts, und weitgehenden Ersatz der Menschenarbeit durch Maschinen (Zirkel-Berfahren, maschinell verschobene Einheitschalung), sondern auch eine wesentliche Verbilligung in der Herstellung des Unterbaues, der erheblich schwächer gehalten werden kann, als früher; ganz abgesehen davon, daß die Herstellung in einem Bruchteil der früher dazu benötigten Zeit erfolgen kann.

*) Veröffentlicht in 'Bauingenieur' 1925, Heft 10. Dieser Veröffentlichung sind auch die meisten sonstigen Zahlenangaben des vorliegenden Aufsatzes entnommen.